

Die Antifa-Schule

Die Ida-Ehre-Schule in Hamburg wurde durch die AfD unfreiwillig zu einem bundesweiten Symbol im Kampf gegen rechts. Ein Besuch in der etwas anderen Bildungseinrichtung. **Von Niklas Franzen**



Fotos: Andreas Domma

Der Ort, wo alles seinen Anfang nahm, ist ein vierstöckiges Gebäude mit verglastem Eingangsbereich, PVC-Boden und vollgekritzelten Klos. In einem schlichten Klassenraum sitzen Lena und Hanna auf Buchenholzstühlen mit Stuhlbeinen aus blauem Stahl. Beide sind Schülerinnen, um die 18 und heißen eigentlich anders. Mit ruhiger Stimme erzählen sie, was in den letzten Wochen über ihre Schule hereingebrochen ist.

Seit die Ida-Ehre-Schule auf dem von der AfD initiierten »Informationsportal Neutrale Schulen Hamburg« aufgrund angeblich »linksextremistischer Aktivitäten« gemeldet wurde, steht die Schule im Fokus. Mehr noch: Sie entwickelte sich über die Grenzen von Hamburg zu einem Symbol. Bürgerliche Medien schrieben von der »Causa Ida Ehre«, linke Gruppen solidarisierten sich mit der »Antifa-Schule«. Die Auseinandersetzung mit der AfD zeigt, wie Bildung immer mehr zu einem Kampffeld der Rechtsaußenpartei wird. Wie Medien zu Erfüllungsgehilfen von Rechten werden können. Sie zeigt aber auch, wie Antifaschismus heute aussehen kann.

Der Lehmweg ist eine ruhige Straße im gutbürgerlichen Hamburger Stadtteil Eimsbüttel. Der Isebekkanal plätschert zwischen Wohnblocks und kleinen Geschäften. Neben einem Antiquitätenhandel und einem schicken Café, in dem junge Menschen mit teu-

ren Laptops sitzen, gibt es eine Kältesauna, die mit Sprüchen wie »Frier dich fit« und Rabatten ab dem dritten Besuch wirbt. Keine 50 Meter weiter steht ein Gebäude, das mit seinem weißen Schutznetz am Baugerüst aussieht, als würde es ein Nachtkleid tragen: das Oberstufenhaus der Ida-Ehre-Schule. Ein Schild mit knalligen Farben heißt die Besucher*innen am Eingang willkommen: »Wir sind Antifa«.

Stein des Anstoßes waren ein paar Sticker. Über ihre Bürgerschaftsfraktion stellte die AfD Anfang März eine Kleine Anfrage an den Senat. Seit Monaten stellt die Partei eine Anfrage nach der nächsten. Der Vorwurf diesmal: An der Ida-Ehre-Schule würden »verfassungsfeindliche linksextremistische Aktivitäten« vom Kollegium und der Schulleitung geduldet. Zuvor waren Fotos im Internet hochgeladen worden. »Meldeportal« nennt die AfD ihre Plattform. »Petzportal« oder »Schulpranger« sagen die Kritiker*innen.

Behörde entfernt linke Aufkleber

Besonders eine Pinnwand mit zahlreichen linken Stickern – unter anderem von der vom Hamburger Geheimdienst beobachteten Antifa Altona Ost – sorgte für Ärger. »Die Sticker haben wir im Rahmen eines Kunstprojektes aufgehängt«, sagt Lena, die die zwölfte Klasse besucht und einen Pullover

mit einem Zitat von Sophie Scholl trägt. »Wir hätten die Pinnwand besser als Unterrichtsprojekt kenntlich machen sollen, das stimmt. Aber wer kann denn damit rechnen, dass das so eine große Sache werden würde?«

Nachdem die AfD die Anfrage gestellt hatte, schickte die Schulbehörde in den Frühjahrsferien die Schulaufsicht los und ließ die Sticker entfernen. Das Argument: Es sei gegen das politische Neutralitätsgebot verstoßen worden. Zwar dürften Schüler*innen ihre Meinung im Unterricht vertreten, allerdings sei politische Werbung an Schulen nicht zulässig. Kritiker*innen sehen das anders und sprechen von Zensur. Das Meldeportal erinnert viele an Nazimethoden. »Die AfD will sich ein Bild machen, wo Linke sind«, meint Hanna, die ebenfalls in die zwölfte Klasse geht. »Wenn sie noch mehr Macht haben, wissen sie auch ganz genau, wen sie aussortieren müssen. Das macht mir Angst.«

In einem geräumigen Büro am Ende eines langen Flurs sitzt Sabine Segelken. Auf ihrem Schreibtisch stapeln sich Aktenordner, in einer Ecke hängen Familienfotos. Segelken kennt die Ida-Ehre-Schule wie kaum eine andere. 2000 wurde sie hier Lehrerin für Mathe und Physik, seit 2008 ist sie Abteilungsleiterin der Oberstufe. »Wir lehnen das Meldeportal als Aufruf zur Denunziation ab. Der AfD geht es nicht darum, Schüler und

Lehrer zu schützen. Sie wollen auf unsere Kosten parteipolitischen Nutzen schlagen und in die Schlagzeilen kommen.«

Doch wie sind die Fotos eigentlich in dem Meldeportal gelandet? Segelken sagt, dass die Schule nicht nach der Person suche, die die Fotos hochgeladen hat. »Das ist genau, was die AfD will. Sie wollen Unsicherheit schaffen, spalten und ein Klima der Angst erzeugen.« Außerdem könnte es theoretisch auch eine Person von außen gewesen sein.

Für Lena und Hanna geht das Problem über die AfD hinaus. Gerade vom sozialdemokratischen Schulsenator Ties Rabe seien sie enttäuscht. Der habe sich nicht vor die Schule gestellt und die Sticker ohne Rücksprache entfernen lassen.

Der Senat als verlängerter Arm der AfD? Das sieht Oberstufenleiterin Segelken anders. Zwar sei das Entfernen »ungeschickt« gewesen, sich nun auf den Senator »einzuschließen« sei aber nicht klug. »Das macht eine Front an der falschen Stelle auf.« Die Aktion der Schulbehörde habe erst im Nachhinein eine »unselige Wirkung« entfaltet und sei in den Medien übertrieben dargestellt worden.

Stichwort Medien. Gerade die hätten eine große Verantwortung an der Eskalation getragen. Das »Hamburger Abendblatt« veröffentlichte am Montag nach den Ferien einen heftig diskutierten und als einseitig kritisierten Artikel – ohne der Schulleitung Zeit zu lassen, Stellung zu beziehen. Die Überschrift: »Linksextremisten agieren ungestört an der Schule«. »In dem Artikel wurden die Anschuldigungen der AfD eins zu eins übernommen«, kritisiert Segelken. Lena meint: »Als ich den »Abendblatt«-Artikel gelesen habe, bin ich fast vom Stuhl gefallen.« Auch andere Medien zogen schnell nach. Ein Sturm der medialen Entrüstung brach über die Schule herab. »Vor einer halben Stunde haben wir eine Klausur über Medien und Demokratie geschrieben«, sagt Hanna. Sie und ihre Mitschülerin Lena thematisierten die Auswirkungen des »Abendblatt«-Artikels. »Das war ein perfektes Beispiel dafür, was Medien anrichten können.«

Und die AfD? Die Partei feuert weiter gegen die Schule und stellte nach wenigen Tagen eine weitere Anfrage – diesmal wegen eines Transparents der Antifa Altona Ost. Zwar wird die Gruppe vom Verfassungsschutz beobachtet, allerdings konnten keine Straftaten nachgewiesen werden und selbst der deutsche Geheimdienst musste ihr Gewaltfreiheit attestieren. Die von der AfD initiierte Hejzenjagd zeigte schon bald Wirkung: Ende

